

Büro der Stadtverordnetenversammlung
Herr Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Rathaus
65428 Rüsselsheim am Main



14. November 2022

**Antrag zur Verweisung; Beratung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss:
„Naturwaldgebiet mit interkommunaler Kooperation“**

Die Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, mindestens 12% der Gesamtfläche des Rüsselsheimer Waldes dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und einer natürlichen Entwicklung zu überlassen.

Insbesondere sollen Waldbestände mit gut an den Klimawandel angepassten Baumarten und hohem Alter dabei berücksichtigt werden (u.a. Laubhölzer wie alte Buchen und Eichen) sowie Gebiete, die eine große biologische Artenvielfalt aufweisen. Ziel ist es, aus der Nutzung genommene Waldgebiete miteinander zu vernetzen und damit die Biodiversität und Artenvielfalt bestmöglich zu erhöhen und gemeinsam mit den Nachbarkommunen Bischofsheim, Mörfelden-Walldorf, Flörsheim, Nauheim, Trebur und Raunheim, in denen derzeit ähnliche Vorhaben angeschoben werden, die neu entstehenden und auch ältere Waldschutzgebiete miteinander zu vernetzen und nach Möglichkeit sogar ein gemeinsames Gebiet > 100ha einzurichten. Um dies zu koordinieren, soll sich der Magistrat mit den Kommunen mit benachbarten Waldbeständen in Verbindung setzen.

Folgende Vereinbarungen sind für geeignete Flächen zu treffen:

1. Die Holznutzung und Ernte werden dauerhaft eingestellt.
2. Verkehrssicherungsmaßnahmen sind weiterhin möglich. Das dabei anfallende Holz verbleibt im Wald.
3. Eine Kronenpflege ist weiterhin möglich, insofern sie gut begründet werden kann. Das dabei anfallende Holz verbleibt im Wald.
4. In baumfreien Bereichen kann eine Neupflanzung erfolgen, insofern dies gut begründet werden kann und eine Naturverjüngung nicht in Frage kommt (vorherige Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde nötig).
5. Soweit möglich und sinnvoll, soll auch eine naturschutzrechtliche Anerkennung des Naturwaldes erfolgen (z.B. als Naturschutzgebiet) und damit ein langfristig gesicherter Nutzungsverzicht über die Dauer der Forsteinrichtung hinaus. Die Einrichtung bzw. Nutzung von Vogelschutz- oder FFH- Gebieten kann eine weitere Option sein und sollte ebenfalls geprüft werden.

Dieser dauerhafte Nutzungsverzicht braucht jedoch nicht mit vollständigem Prozessschutz versehen sein (dieser sollte jedoch möglichst weitgehend sein). In besonderen Lagen soll die Forstverwaltung noch eingreifen können. In solch einem Sonderfall muss jedoch immer mit der Unteren Naturschutzbehörde angestrebt werden, den Naturwald-Status weiterhin zu erhalten und den Anspruch auf Fördergelder und Ökopunkte nicht zu verlieren. So soll es möglich sein, Maßnahmen gegen invasive Arten wie z.B. die Traubenkirsche im Notfall durchzuführen.

Der Magistrat beauftragt die Verwaltung, in Kooperation mit der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main die Entwicklungsziele weiter auszudifferenzieren und regelmäßig die Stadtverordneten über die Umsetzung zu informieren.

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit den genannten Nachbargemeinden eine Arbeitsgruppe zum Thema Wald im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zu etablieren.

Zur Finanzierung werden nach Möglichkeit Fördergelder genutzt (z.B. des Landes Hessen). In jedem Fall ist ein Antrag auf Übernahme von Punkten in das Ökopunktekonto zu stellen (noch vor der Waldflächenstilllegung, da dies sonst im Nachgang problematisch werden könnte). Auch die Registrierung der Waldfläche im Naturschutzregister Hessen (NATUREG) ist zu verfolgen. Zunächst im kommunalen und später im Rahmen der IKZ soll geprüft werden, ob Fördermöglichkeiten über den Wildnisfonds des Bundes oder im Rahmen des Vertragsschutzes über die hessische Stiftung Natura 2000 genutzt werden könnten.

Begründung:

Die im Oktober 2007 vom Bundeskabinett verabschiedete nationale Strategie zur biologischen Vielfalt sieht vor, fünf Prozent der Waldfläche Deutschlands einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen 10% des öffentlichen Waldes dauerhaft aus der forstlichen Nutzung genommen werden.

Kommunale Wälder sind dabei bisher leider stark unterrepräsentiert und bieten die Möglichkeit, zusätzliche Schutzgebiete in weiteren klimatischen Zonen zu etablieren.

In Kooperation mit den Gemeinden Bischofsheim, Mörfelden-Walldorf, Flörsheim, Nauheim, Trebur und Raunheim bietet sich für die Stadt Rüsselsheim am Main aktuell die einmalige Chance, ein großes gemeinsames Naturwaldschutzgebiet zu etablieren und dieses für die kommenden Generationen auch langfristig zu sichern. In Bischofsheim und in Raunheim haben die Gemeindevertretungen bereits Anträge mit den gleichen Zielen beschlossen.

Als Leitbild dieses Antrages soll gelten, einen naturnahen Wald mit den charakteristischen Tier- und Pflanzenarten zu schützen, zu erhalten und eine ungestörte Entwicklung des Waldes zu ermöglichen. Schutz- und Pflegeziel soll insbesondere die Förderung der Entwicklung eines Naturwaldes durch Nutzungsaufgabe (möglichst weitgehender Prozessschutz) und die Sicherung des Lebensraumes für die daran gebundenen Arten sein (Biodiversität).

Die Ziele der Einrichtung von Naturwäldern sind vielfältig. Hervorgehoben werden soll hier der zentrale Beitrag zur Förderung der biologischen Vielfalt, insbesondere der Erhalt von besonders gefährdeten wald- und holzbewohnenden Arten der Alters- und Zerfallsphasen in Wäldern. Außerdem der Erhalt und die Entwicklung der genetischen Vielfalt der heimischen Baumarten und nicht zuletzt natürlich die Sicherung und die Weiterentwicklung des enormen

C02-Speicher-Potentials der Wälder. Auch die Rolle des Naturwaldes als Wasserspeicher und Klimaregulator ist enorm wichtig.

Ein Naturwald ist ein lebendiges Anschauungsobjekt, das für eine Weiterentwicklung der forstlichen Praxis (u.a. im Klimawandel) genutzt werden kann. Er kann Kindern und allen anderen Bürger:innen ein einzigartiges Erlebnis von unberührter Natur ermöglichen (z.B. im Rahmen einer ganzheitlichen Umweltbildung oder bei regelmäßig angebotenen Exkursionen der Kindergärten oder Schulen).

Nicht zuletzt sollten wir angesichts der prekären Situation des Waldes im Rhein-Main-Gebiet und der teilweise Uneinigkeit bei Expert:innen in Forschung und Praxis über die Strategien zum Walderhalt, unsere Versuche diversifizieren. Neben der bereits stattfindenden gezielten Pflanzung im Rüsselsheimer Wald von u.a. mediterranen Baumarten, die dem Klimawandel besser trotzen können, sollte auch dem heimischen Wald die Möglichkeit gegeben werden, sich anzupassen. Die Situation erfordert es unserer Meinung nach, mehrgleisig zu fahren und unterschiedliche Versuche des Walderhalts zu unternehmen.

Maria Schmitz-Henkes

Maria Schmitz-Henkes

Fraktionsvorsitzende DIE GRÜNEN / Linke Liste Soli/ ABI